

Sinnlose Bürokratie im Wald stoppen

CSU-Politiker fordern Nachbesserungen bei EU-Verordnung

Ostallgäu Die neue EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) ist aus Sicht vieler Waldbesitzer „realitätsfern und bürokratisch“. So jedenfalls schreibt es der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke in einer Pressemitteilung. Daher hatte er unlängst den Europaabgeordneten Markus Ferber ins Ostallgäu eingeladen, um sich mit Vertretern der Forstbesitzer und Holzvermarktern über die Folgen der Verordnung auszutauschen. Mit dabei waren Vertreter der Forstbetriebsgemeinschaften (FBG) aus dem ganzen Allgäu. Ebenso Andreas Täger als Geschäftsführer des Allgäu-Holz Markenverbandes, in dem die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse kooperieren.

Die EUDR will den weltweiten Verlust von Wäldern stoppen. In der globalen Betrachtung sei auch sinnvoll, fasst Stracke ein Ergebnis des Treffens zusammen. Denn betroffen seien Produkte wie Palmöl, Soja, Kaffee, Fleisch und Holz. Forstexperte Täger betont jedoch, dass es in Deutschland keine Entwaldung (Umwandlung Wald in landwirtschaftlich genutzte Flächen) gebe, da diese durch Gesetze eindeutig verboten sei. Die Waldbesitzer fordern daher eine sogenannte Null-Risiko-Kategorie für Deutschland. Das bedeutet: Da hierzulande keine Entwaldung stattfindet, sollen Waldbesitzer keine zusätzlichen bürokratischen Nachweise erbringen müssen.

Die Europäischen Volkspartei (EVP) im Europaparlament erreichte schon, dass das Inkrafttreten der Verordnung um ein Jahr auf 30. Juni 2026 verschoben wurde. Weitere Vereinfachungen wie die geforderte Null-Risiko-Kategorie scheiterten aber bislang am Widerstand der Regierungen der Mitgliedsländer, allen voran die damalige deutsche rot-grüne Regierung. „Die erzielte Fristverlängerung müssen wir jetzt unbedingt nutzen, um die Verordnung doch noch praxisnah und bürokratiarm anzupassen“, betonten Stracke und Ferber.

Täger zeigte mit Beispielen, wie groß der Mehraufwand durch die EUDR für die Waldbesitzer wäre. Jeder Holzeinschlag müsste mit Geodaten, Parzellenangaben und Sorgfaltserklärungen dokumentiert werden. Der Aufwand würde Kleinwaldbesitzer überfordern und die unterstützenden FBG enorm zeitlich binden. Dies bringe aber keinerlei Mehrwert, da die heimischen Wälder bereits vor Entwaldung geschützt seien. „Bürokratie ohne praktischen Nutzen, das ist blanker Irrsinn“, bekräftigte Täger. Stracke und Ferber erklärten, welchen Beitrag Waldbesitzer zum Klimaschutz leisten. „Es darf nicht sein, dass sie dafür durch ein Bürokratiemonster ausgebremst werden“, schreiben sie in der Pressemitteilung und fordern, dass Deutschland als Null-Risiko-Gebiet anerkannt und die Verordnung praxisgerechter wird. (pm)